

STAAT, RECHT & DEMOKRATIE · 10. JUNI 2026 · 14 MIN.

Die Partei der Verwundbarkeit

Warum das AfD-Regierungsprogramm aus wirkungsökonomischer Sicht zentrale Resilienzbedingungen schwächt: Bildung, Fachkräfte, Klima, Vielfalt, Institutionen und Demokratie.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungsoekonomie.de/blog/partei-der-verwundbarkeit-afd-programm/index.html

Schutzlinie: Dieser Beitrag ist eine wirkungsökonomische Einordnung eines politischen Programms und seiner öffentlich sichtbaren Wirkpfade. Er ist keine Wahlempfehlung, keine Personenbewertung und kein amtliches Rating. Bewertet wird nicht die innere Haltung einzelner Wähler:innen, sondern die programmatische Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie.

Viele Menschen glauben, die AfD sei eine Partei der Sicherheit. Eine Partei der Ordnung. Eine Partei, die Deutschland schützen wolle.

Doch genau dieser Frame ist falsch. Die Frage ist nicht: Ist die AfD konservativ, rechts oder populistisch? Die eigentliche Frage lautet: Macht ihre Politik Deutschland resilienter - oder verletzlicher?

Aus wirkungsökonomischer Sicht ist die Antwort eindeutig: Das AfD-Regierungsprogramm, exemplarisch sichtbar am Programm der AfD Sachsen-Anhalt, schwächt zentrale Resilienzbedingungen moderner Gesellschaften. Es reduziert Anpassungsfähigkeit. Es zerstört Vertrauen. Es delegitimiert Institutionen. Es verengt Bildung. Es bekämpft Vielfalt. Es schwächt Fachkräftesicherung. Es untergräbt Klimarisikomanagement. Es verwandelt demokratische Korrekturfähigkeit in Kulturkampf.

Kurz gesagt: Die AfD schützt Deutschland nicht. Sie macht Deutschland verwundbarer.

Darum geht es. Nicht Moral gegen Wut. Nicht links gegen rechts. Nicht weltoffen gegen national.

Sondern: Resilienz gegen Verwundbarkeit.

Der falsche Stabilitätsbegriff

Die AfD verkauft Stabilität. Tatsächlich verkauft sie Statik. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

Stabilität, Robustheit und Resilienz sind nicht dasselbe. Ein System kann starr oder repressiv stabilisiert werden, ohne nachhaltig zu sein. Nachhaltigkeit ist die langfristig gesicherte Wirkungsresilienz des gekoppelten Systems Mensch–Planet–Demokratie.

Ein autoritärer Machtapparat kann regimeresilient sein und zugleich Menschenwürde, Wahrheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Korrekturfähigkeit zerstören. Genau deshalb braucht Resilienz einen benannten Systemrahmen und einen normativen Richtungsmaßstab.

Die Systemresilienz beschreibt das dynamische Verhalten dieses Rahmens unter Belastung: Resilienz wovon, gegenüber welcher Störung, für wen und zur Erhaltung welcher Funktionen?

Die AfD spricht von Schutz. Aber ihre Programmatik zielt auf Verengung.

Sie will nicht die Lernfähigkeit des Systems erhöhen. Sie will die Komplexität der Gegenwart zurückdrehen.

Das Problem: Komplexität verschwindet nicht, nur weil man sie politisch ablehnt.

- Demografie verschwindet nicht.
- Klimarisiken verschwinden nicht.
- Fachkräftemangel verschwindet nicht.

- Digitale Transformation verschwindet nicht.
- Globale Lieferketten verschwinden nicht.
- Pluralität verschwindet nicht.
- Internationale Abhängigkeiten verschwinden nicht.

Eine Politik, die diese Realitäten nicht systemisch bearbeitet, sondern kulturell abwehrt, erzeugt keine Stabilität. Sie erzeugt Realitätsverlust.

Und Realitätsverlust ist ein Standortnachteil.

Die AfD ist nicht konservativ. Sie ist antiresilient.

Konservatismus hatte einmal eine ernsthafte Funktion: Er wollte Institutionen bewahren, Maß halten, soziale Bindungen schützen und Veränderung so gestalten, dass Gesellschaften nicht überfordert werden.

Doch das AfD-Programm ist kein Programm kluger Bewahrung. Es ist ein Programm der institutionellen Delegitimierung.

Schon die Sprache ist auf Systemmisstrauen angelegt. Im Programm der AfD Sachsen-Anhalt ist von „Altparteienherrschaft“ die Rede; an anderer Stelle heißt es, die „Diktatur der Altparteien“ sei „im Moment noch nicht Realität“, aber vielleicht stehe man vor der „letzten Chance“. Zudem beschreibt das Programm politische Gegner als Akteure, die angeblich „ihr Volk wählen“ wollten.

Das ist nicht nur Rhetorik. Sprache wirkt.

Sie erzeugt Resonanzräume. Sie verändert Vertrauen. Sie verschiebt die Grenze dessen, was als legitim gilt. Sie formt Wirkungspotenzial.

Wenn demokratische Institutionen nicht mehr als Gegenüber, sondern als feindliches System beschrieben werden, wird gesellschaftliche Korrektur schwieriger. Kritik wird nicht mehr als demokratischer Prozess verstanden, sondern als Kampf gegen eine angebliche Herrschaftsstruktur.

Genau hier beginnt die wirkungsökonomische Analyse: Wirkung ist nicht Absicht, Image oder Symbolik. Wirkung ist die tatsächliche Veränderung von Zuständen. Und politische Sprache verändert Zustände: Vertrauen, Zugehörigkeit, Diskursfähigkeit, Gewaltbereitschaft, institutionelle Legitimität.

Die AfD ist deshalb nicht einfach eine konservative Partei. Sie ist die Verfallsform einer Politik des Festhaltens.

Sie zerstört nicht nur progressive Politik. Sie zerstört auch das, was echter Konservatismus einmal bewahren wollte: Vertrauen, Institutionen, Ordnung, Rechtsstaat, gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Migration: Die AfD bekämpft eine Resilienzressource

Einer der deutlichsten Punkte ist Migration. Das AfD-Programm rahmt Migration fast durchgehend als Belastung, Risiko und Bedrohung. Besonders auffällig ist der Abschnitt zum Fachkräftemangel. Dort heißt es, illegale Zuwanderer seien „Fachkräftemangelverursacher“. Weiter fordert das Programm, auf „kulturfremde

Fachkräfte“ zu verzichten; Technisierung, Digitalisierung und KI sollen ausdrücklich auch dazu dienen, die Zuwanderung solcher Fachkräfte zu vermeiden.

Das ist der alte Frame: Migration als Problem.

Der resiliente Frame lautet: Migration ist eine Gestaltungsaufgabe - und in alternden Gesellschaften eine Systemressource.

Natürlich ist nicht jede Migration automatisch gelingend. Integration muss organisiert werden. Sprache, Bildung, Anerkennung von Qualifikationen, Wohnraum, Arbeitsmarktzugang, Rechtsstaatlichkeit und soziale Infrastruktur sind entscheidend. Aber daraus folgt nicht: Migration vermeiden.

Daraus folgt: Migration besser steuern.

Die Bundesagentur für Arbeit beschreibt für Sachsen-Anhalt genau diese Realität: Seit 2017 sinkt dort die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter deutscher Arbeitnehmer:innen demografisch bedingt; gleichzeitig stieg die Zahl ausländischer Beschäftigter in den vergangenen zehn Jahren von 20.260 auf 75.300 im Jahr 2025. Ohne qualifizierte ausländische Arbeits- und Fachkräfte würden perspektivisch Einnahmen in Sozialversicherungen und Steuereinnahmen fehlen. (Bundesagentur für Arbeit)

Noch deutlicher wird es im Gesundheitsbereich: Mitte 2025 waren in Sachsen-Anhalt 6.383 Ausländer:innen sozialversicherungspflichtig im Gesundheitsbereich beschäftigt, davon 5.258 aus Drittstaaten. Die BA betont, internationale Arbeits- und Fachkräfte seien wichtig für die Stabilität des Arbeitsmarktes und im Gesundheitssektor zentral für die langfristige Sicherung medizinischer und pflegerischer Versorgung. (Bundesagentur für Arbeit)

Das heißt wirkungsökonomisch: Wer internationale Fachkräfte pauschal kulturell problematisiert, gefährdet Pflege, Gesundheit, Sozialversicherung, Steuerbasis und Standortstabilität.

Er bekämpft nicht das Problem. Er bekämpft eine der Lösungen.

Die AfD verwechselt Integrationsaufwand mit Systemschaden. Aber jeder resiliente Umbau erzeugt Aufwand. Bildung kostet Aufwand. Digitalisierung kostet Aufwand. Energiewende kostet Aufwand. Fachkräfteintegration kostet Aufwand.

Die entscheidende Frage lautet nicht: Gibt es Aufwand?

Sondern: Ist der Aufwand eine Investition in zukünftige Stabilität?

Bei gesteuerter Einwanderung lautet die Antwort: ja.

Bildung: Nicht Lernfähigkeit, sondern Kontrolle

Systemresilienz beginnt in der Bildung. Bildung ist nicht nur Schule. Bildung ist Fachkräftesicherung, Innovationsfähigkeit, Demokratieresilienz, Medienkompetenz, digitale Mündigkeit und Anpassungsfähigkeit.

Die AfD behauptet, Bildung stärken zu wollen. Doch ihre Vorschläge wirken systemisch in die entgegengesetzte Richtung. Das Programm fordert eine Wahlfreiheit zwischen Schul- und Hausunterricht unter dem Titel „Bildungspflicht statt Schulzwang“. Es beschreibt Schule zugleich als Ort, der Kinder angeblich politisch erziehe oder ihnen „fragwürdige Lebensansichten“ vermittele.

Das ist kein harmloser Bildungsvorschlag. Schule ist in einer Demokratie nicht nur Wissensvermittlung. Schule ist ein gemeinsamer Erfahrungsraum. Kinder lernen dort nicht nur Mathematik und Rechtschreibung, sondern auch Differenz, Konflikt, Perspektivwechsel, soziale Realität und demokratische Koexistenz.

Eine Gesellschaft, die Schule in private Weltanschauungsräume aufsplittert, verliert gemeinsame Wirklichkeit.

Noch deutlicher wird das bei den geplanten Sonderklassen. Das Programm fordert, Flüchtlingskinder in Sonderklassen zu unterrichten. Begründet wird dies unter anderem damit, „unsere Kinder“ von den Belastungen freizuhalten, die sich beim gemeinsamen Unterricht mit Kindern aus „völlig fremden Kulturen“ ergäben.

Das ist nicht Integrationspolitik. Das ist institutionalisierte Trennung.

Aus Sicht der Wirkungsökonomie entsteht hier negative Wirkung auf mehreren Ebenen:

Erstens schwächt es Teilhabe.

Zweitens schwächt es Sprachentwicklung.

Drittens schwächt es Zugehörigkeit.

Viertens normalisiert es die Vorstellung, dass bestimmte Kinder für andere Kinder eine Belastung seien.

Fünftens erzeugt es langfristig genau jene Parallelstrukturen, vor denen die AfD rhetorisch warnt.

Eine resiliente Gesellschaft trennt Kinder nicht nach Herkunft, um Konflikte unsichtbar zu machen. Sie befähigt Schulen, Vielfalt zu gestalten.

Auch der Angriff auf Inklusion passt in dieses Muster. Im Programm heißt es, man wolle die Schule von sozialpolitischen Aufgaben entlasten, unter anderem durch die „Beendigung der Inklusion“ und die Bildung von Sonderklassen für Flüchtlingskinder.

Das klingt nach Entlastung. Systemisch ist es Abbau von Resilienz.

Denn moderne Gesellschaften werden nicht einfacher. Sie werden heterogener, älter, digitaler, pluraler, krisenanfälliger. Schulen müssen genau diese Realität bearbeiten können. Wer Schule auf homogene Normalität zurückbauen will, bereitet Kinder auf eine Welt vor, die es nicht mehr gibt.

Wissenschaft: Angriff auf Korrekturfähigkeit

Eine resiliente Gesellschaft braucht Wissenschaftsfreiheit, offene Debatte, methodische Vielfalt und die Fähigkeit, sich selbst zu korrigieren.

Die AfD greift genau diese Korrekturfähigkeit an.

Im Wissenschaftsteil fordert das Programm unter anderem, Gender-Studien abzuschaffen. Es erklärt Genderstudien größtenteils zur politischen Ideologie und will über Zielvereinbarungen mit Universitäten Einfluss nehmen. Auch Postkolonialismus wird als „keine Wissenschaft“ bezeichnet; das Programm spricht sogar von politisch motivierter „Vernichtung der Wissenschaft“.

Natürlich darf man wissenschaftliche Felder kritisieren. Wissenschaft lebt von Kritik.

Aber Kritik ist etwas anderes als politische Säuberung akademischer Felder nach weltanschaulicher Erwünschtheit.

Der Punkt ist nicht, dass jede konkrete Studie gut wäre. Der Punkt ist, dass eine Landesregierung nicht nach ideologischem Geschmack entscheiden darf, welche Forschungsfragen legitim sind. Eine resiliente Wissensgesellschaft braucht mehr Korrekturfähigkeit, nicht weniger.

Sie braucht die Fähigkeit, blinde Flecken zu erkennen: Geschlechterungleichheit, koloniale Kontinuitäten, Machtstrukturen, Diskriminierung, kulturelle Prägungen, globale Abhängigkeiten, soziale Ungleichheit. Wer solche Forschungsfelder politisch delegitimiert, reduziert Erkenntnisfähigkeit.

Und Erkenntnisfähigkeit ist kein Kulturthema. Sie ist Innovationsinfrastruktur.

Klima und Energie: Die Politik des physischen Realitätsverlustes

Am gefährlichsten wird die antiresiliente Logik in der Energie- und Klimapolitik.

Das AfD-Programm fordert eine energiepolitische „Kehrtwende um 180 Grad“, ausdrücklich mit Rückkehr zu einem Energiemix, der auch fossile Energieträger beinhaltet. Es lehnt die „globalistische Klimaideologie“ ab und erklärt, man werde nicht versuchen, das Weltklima in Sachsen-Anhalt zu „retten“.

Das klingt nach Pragmatismus. Es ist aber ein Kategorienfehler.

Klimapolitik ist nicht Wetterromantik. Klimapolitik ist Risikomanagement.

Die SDGs und SDG+ lassen sich aus wirkungsökonomischer Sicht nicht als moralische Wunschliste lesen, sondern als globales Risiko- und Resilienzregister: Sie beschreiben Mindestbedingungen, unter denen Gesellschaften, Märkte, Lieferketten, Staaten und Ökosysteme stabil, lernfähig und friedlich bleiben.

Klima ist darin kein „grünes Thema“. Klima ist physisches Risiko.

Es betrifft Versicherbarkeit, Landwirtschaft, Gesundheit, Infrastruktur, Lieferketten, Kapitalzugang, Energiepreise, Standortentscheidungen und soziale Stabilität.

Die AfD verschiebt die Debatte in eine Scheinlogik: Weil Sachsen-Anhalt allein das Weltklima nicht retten könne, müsse man Klimaschutz nicht als zentrale Steuerungsaufgabe behandeln. Nach dieser Logik müsste auch niemand Steuern zahlen, weil eine einzelne Person den Staatshaushalt nicht trägt. Niemand müsste wählen, weil eine einzelne Stimme selten allein entscheidet. Niemand müsste einen Brand melden, weil ein einzelner Anruf das Feuer nicht löscht.

Systeme funktionieren durch kumulative Wirkung. Klimapolitik ist nicht der Versuch, „das Wetter zu machen“. Sie ist der Versuch, Risiken nicht weiter zu vergrößern und Anpassungsfähigkeit aufzubauen.

Das Programm will Subventionen für erneuerbare Energien streichen, den Einspeisevorrang beenden und Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien nicht genehmigen, wenn sie aus Sicht der AfD das Mikroklima bedrohen. Außerdem fordert es, Deutschland solle aus dem Pariser Klimaabkommen austreten, den Green Deal aufkündigen und das Bundesklimaschutzgesetz abschaffen.

Das ist nicht Standortpolitik. Das ist Zukunftsverweigerung.

Denn die Weltwirtschaft bewegt sich nicht zurück in die fossile Normalität des 20. Jahrhunderts. Kapitalmärkte, Versicherer, Industrie, Lieferketten, Städte und internationale Partner richten sich zunehmend auf Dekarbonisierung, Effizienz, Kreislaufwirtschaft, Elektrifizierung und Resilienz aus.

Wer jetzt fossile Pfadabhängigkeiten verlängert, senkt vielleicht kurzfristig gefühlte Konfliktkosten. Langfristig erhöht er Transitionsrisiken.

Die AfD nennt das Schutz der Wirtschaft. Wirkungsökonomisch ist es die Verlängerung eines Geschäftsmodells, dessen Folgekosten andere tragen.

Demokratie, Medien und Rechtsstaat: Angriff auf SDG+

Die Wirkungsökonomie ergänzt die offiziellen SDGs um SDG+: Demokratiequalität, Medienqualität, Rechtsstaatlichkeit, Diskursfähigkeit, gesellschaftliche Resilienz, digitale Verantwortung, systemische Kooperation, kulturelle Vielfalt und öffentliche Rechenschaft.

Warum?

Weil ökologische und soziale Ziele ohne demokratische Korrekturfähigkeit nicht stabil erreichbar sind.

Eine Gesellschaft kann Klimadaten haben und trotzdem scheitern, wenn Desinformation Vertrauen zerstört.

Sie kann Fachkräftemangel erkennen und trotzdem scheitern, wenn Migration kulturell vergiftet wird.

Sie kann soziale Probleme sehen und trotzdem scheitern, wenn Institutionen delegitimiert werden.

Genau hier liegt die eigentliche Gefahr des AfD-Programms.

Es richtet sich nicht nur gegen einzelne Maßnahmen. Es richtet sich gegen die Korrekturarchitektur der offenen Gesellschaft.

Beispiel politische Bildung: Das Programm wirft der Landeszentrale für politische Bildung vor, eine „linke Indoktrinationsanstalt“ zu sein, und will sie in der bisherigen Form abschaffen und durch ein Landesinstitut für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität ersetzen.

Das ist ein massiver Framewechsel.

Politische Bildung soll nicht mehr primär demokratische Mündigkeit, Pluralität und Urteilskraft stärken. Sie soll kulturelle Identität und staatspolitische Ausrichtung vermitteln.

Beispiel Medien: Medien- und Rundfunkkritik ist legitim. Aber im AfD-Kontext fügt sie sich in ein größeres Muster der Institutionendelegitimierung ein. Laut ZEIT-Bericht will die AfD Sachsen-Anhalt die Rundfunkstaatsverträge kündigen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk umbauen. (DIE ZEIT)

Beispiel Verfassungsschutz: Der Landesverband Sachsen-Anhalt wurde vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Die Behörde verwies dabei unter anderem auf muslimfeindliche, rassistische und antisemitische Aussagen von Funktionären sowie auf Positionen, die nicht mit Menschenwürde, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip vereinbar seien. (tagesschau.de)

Noch wichtiger für die Resilienzdiagnose ist ein weiterer Punkt: Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes strebe die AfD Sachsen-Anhalt die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form an; Vertreter seien bestrebt, Institutionen und ihre Vertreter verächtlich zu machen, um Vertrauen

fundamental zu erodieren. (tagesschau.de)

Das ist exakt das Gegenteil von Systemresilienz.

Resilienz braucht Vertrauen.

Resilienz braucht Korrekturfähigkeit.

Resilienz braucht legitime Institutionen.

Resilienz braucht Medien, die Macht kontrollieren.

Resilienz braucht Rechtsstaatlichkeit.

Resilienz braucht demokratische Konfliktbearbeitung.

Eine Politik, die diese Strukturen angreift, macht ein Land nicht freier. Sie macht es anfälliger für Machtmissbrauch, Desinformation, Radikalisierung, Investitionsunsicherheit und soziale Spaltung.

Der wirtschaftliche Schaden: Die AfD ist ein Standort- und Investitionsrisiko

Die AfD inszeniert sich gerne als wirtschaftsfreundlich. Aber wirtschaftsfreundlich ist nicht, wer kurzfristig Kosten senken will. Wirtschaftsfreundlich ist, wer Zukunftsfähigkeit ermöglicht.

Und Zukunftsfähigkeit entsteht heute aus:

- Bildung.
- Fachkräften.
- Innovation.
- Wissenschaft.
- Energie- und Versorgungssicherheit.
- Internationaler Kooperation.
- Klimarisikomanagement.
- Digitaler Infrastruktur.
- Rechtsstaatlichkeit.
- Demokratischer Stabilität.
- Vielfalt.
- Vertrauen.

Das AfD-Programm schwächt viele dieser Faktoren gleichzeitig.

Es bekämpft internationale Fachkräfte, obwohl sie in Sachsen-Anhalt für Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen und Gesundheitsversorgung zunehmend wichtig sind. (Bundesagentur für Arbeit)

Es politisiert Wissenschaft, indem es Forschungsfelder ideologisch delegitimiert.

Es spaltet Schule entlang von Herkunft, Familie und Weltbild.

Es attackiert politische Bildung und zivilgesellschaftliche Institutionen.

Es will zentrale Klimaschutz- und Energiewendeinstrumente zurückdrehen.

Und es benutzt eine Sprache, die politische Gegner nicht als demokratische Konkurrenten, sondern als illegitime Herrschaftsstruktur rahmt.

Das alles erzeugt Wirkung. Nicht sofort als einzelne Zahl. Aber als schleichender Verlust von Standortqualität.

Forscher:innen überlegen, ob sie an einen Standort gehen, an dem Wissenschaft politisch verdächtigt wird.

Internationale Fachkräfte überlegen, ob sie in ein Bundesland ziehen, in dem sie als kulturelles Risiko gelten.

Unternehmen überlegen, ob sie investieren, wenn politische Rahmenbedingungen unberechenbar werden.

Junge Menschen überlegen, ob sie bleiben, wenn das Land ihnen Engführung statt Möglichkeit anbietet.

Minderheiten überlegen, ob sie sichtbar sein können.

Zivilgesellschaftliche Träger überlegen, ob sie sich politisch äußern oder besser schweigen.

So entsteht Verwundbarkeit. Nicht durch einen einzigen großen Bruch. Sondern durch tausend kleine Rückzüge.

Warum der AfD-Frame ökonomisch falsch ist

Der AfD-Frame lautet: "Deutschland ist schwach, weil es zu offen, zu grün, zu vielfältig, zu international, zu liberal, zu diskursorientiert, zu inklusiv geworden sei."

Der resiliente Frame lautet: "Deutschland wird schwach, wenn es seine Anpassungsfähigkeit verliert."

Eine moderne Volkswirtschaft konkurriert nicht dadurch, dass sie sich kulturell einigelt. Sie konkurriert dadurch, dass sie schneller lernt. Besser integriert. Mehr Talente nutzt. Technologie klüger einsetzt. Risiken früher erkennt. Vertrauen erhält. Infrastruktur modernisiert. Kapital in Zukunftsmärkte lenkt. Demokratische Korrekturfähigkeit schützt.

Die AfD kämpft gegen viele dieser Resilienzbedingungen, weil sie sie als Bedrohung ihres Identitätsbildes wahrnimmt.

Doch Identität ersetzt keine Fachkräfte.

Kulturkampf ersetzt keine Innovation.

Remigration ersetzt keine demografische Strategie.

Fossile Nostalgie ersetzt keine Energiesicherheit.

Heimatpathos ersetzt keine Wettbewerbsfähigkeit.

Misstrauen ersetzt keine Demokratie.

Und Wut ersetzt keine Zukunft.

Die AfD als Beispiel negativer Netto-Wirkung

Die Wirkungsökonomie fragt nicht: Was behauptet eine Partei?

Sie fragt:

Was bewirkt ihr Programm?

Welche Zustände verändert es?

Welche Risiken erzeugt es?

Welche Systemfunktionen stärkt oder schwächt es?

Welche Rückkopplungen löst es aus?

Auf dieser Ebene zeigt sich: Das AfD-Programm erzeugt negative Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie.

Für den Menschen, weil es Zugehörigkeit verengt, bestimmte Gruppen abwertet, soziale Infrastruktur politisiert und Bildung weniger als Befähigung denn als Identitätsformung versteht.

Für den Planeten, weil es Klimarisiken nicht als harte physische und ökonomische Risiken behandelt, sondern als ideologische Erzählung abwehrt.

Für die Demokratie, weil es Institutionen delegitimiert, politische Bildung umlenken will, Medien angreift, Diskursräume polarisiert und Vertrauen in demokratische Korrektursysteme schwächt.

In der Logik der SDG+ ist das besonders gefährlich.

Denn SDG+ beschreibt jene Systemqualitäten, ohne die eine Gesellschaft ihre Probleme nicht mehr korrekt bearbeiten kann: Demokratie, Medien, Rechtsstaat, Diskurs, Transparenz, Kooperation, Vielfalt, Digitalverantwortung und gesellschaftliche Resilienz.

Die AfD beschädigt also nicht nur einzelne politische Felder. Sie beschädigt die Fähigkeit des Systems, Fehler zu erkennen und zu korrigieren. Das ist der tiefere Schaden.

Warum diese Politik schöpferisch zerstört ist

Schumpeter beschrieb schöpferische Zerstörung als Prozess, in dem alte Strukturen durch neue Kombinationen verdrängt werden. Wirtschaftliche Entwicklung entsteht, weil Neues das Alte ablöst.

Konservative Politik alter Prägung wird heute selbst schöpferisch zerstört. Nicht von linken Parteien. Nicht von moralischer Empörung. Sondern von der Realität komplexer Systeme.

Denn eine Politik, die Stabilität mit Stillstand verwechselt, verliert in einer Welt permanenter Störungen ihre Funktion. Die AfD ist der Versuch, diese schöpferische Zerstörung aufzuhalten. Aber indem sie das versucht, beschleunigt sie sie.

Sie zeigt, dass der alte Stabilitätsbegriff nicht mehr funktioniert.

Sie zeigt, dass Bewahrung ohne Lernfähigkeit zur Verwundbarkeit wird.

Sie zeigt, dass nationale Abschottung keine Antwort auf globale Vernetzung ist.

Sie zeigt, dass Kulturkampf keine Resilienzstrategie ist.

Sie zeigt, dass autoritäre Vereinfachung komplexe Probleme nicht löst, sondern verschärft.

Damit verliert diese Politik ihre Daseinsberechtigung als Zukunftsmodell. Nicht als demokratisch diskutierbare Meinung - Meinungsfreiheit bleibt. Nicht als Partei im rechtlichen Sinne - darüber entscheiden Recht und Verfassung. Sondern als gesellschaftliches Leitmodell.

Als Regierungsangebot für ein Land, das in einer Welt aus KI, Klimawandel, Demografie, geopolitischen Umbrüchen, Lieferkettenrisiken und digitaler Transformation bestehen muss.

Die eigentliche Frage

Die AfD fragt: "Wie schützen wir Deutschland vor Veränderung?"

Die Wirkungsökonomie fragt: "Wie machen wir Deutschland fähig, Veränderung zu gestalten?"

Das ist der Unterschied.

Die AfD fragt: "Wie bekommen wir das alte Deutschland zurück?"

Die Wirkungsökonomie fragt: "Welche Wirkung braucht Deutschland, damit Menschen, Wirtschaft, Planet und Demokratie auch morgen stabil bleiben?"

Die AfD fragt: "Wer gehört dazu?"

Die Wirkungsökonomie fragt: "Welche Systeme müssen funktionieren, damit alle wirksam beitragen können?"

Die AfD fragt: "Was bedroht unsere Identität?"

Die Wirkungsökonomie fragt: "Was bedroht unsere Resilienz?"

Das ist der neue Frame.

Und in diesem Frame wird sichtbar:

Die AfD ist nicht die Partei der Sicherheit.

Sie ist die Partei der Verwundbarkeit.

Sie verspricht Schutz, aber schwächt die Schutzsysteme.

Sie verspricht Ordnung, aber untergräbt Vertrauen.

Sie verspricht Wohlstand, aber bekämpft Zukunftsmärkte.

Sie verspricht Heimat, aber macht den Standort enger, unattraktiver und risikoreicher.

Sie verspricht Demokratie, aber delegitimiert ihre Institutionen.

Sie verspricht Stabilität, aber erzeugt Statik.

Und Statik bricht im Sturm.

Deutschland braucht keine Politik der Angst, sondern eine Politik der Resilienz

Deutschland steht vor realen Problemen.

Fachkräftemangel ist real.

Überlastete Schulen sind real.

Steigende Energiepreise sind real.

Vertrauensverlust ist real.

Migration muss besser organisiert werden.

Klimapolitik muss sozial gerechter werden.

Verwaltung muss schneller werden.

Bildung muss besser werden.

Wirtschaft muss produktiver werden.

Doch genau deshalb braucht Deutschland keine Politik, die Komplexität durch Feindbilder ersetzt.

Es braucht keine Politik, die Risiken externalisiert.

Es braucht keine Politik, die Institutionen schwächt.

Es braucht keine Politik, die Vielfalt bekämpft.

Es braucht keine Politik, die Wissenschaft politisch sortiert.

Es braucht keine Politik, die Klimarisiken als Ideologie behandelt.

Es braucht keine Politik, die Fachkräfte nach kultureller Herkunft bewertet.

Deutschland braucht das Gegenteil:

- Bildung als Innovationsinfrastruktur.
- Migration als gestaltete Resilienzressource.
- Klimaschutz als Risikomanagement.
- Digitalisierung als Produktivitätspolitik.
- Vielfalt als Anpassungsfähigkeit.
- Medienqualität als Wahrheitsinfrastruktur.
- Rechtsstaatlichkeit als Investitionssicherheit.
- Demokratie als Korrektursystem.
- Wirkung als Maßstab.
- Systemresilienz als Leitbegriff.

Die Frage ist also nicht, ob die AfD „unbequem“ ist. Die Frage ist, ob ihre Politik Deutschland zukunftsfähiger macht.

Die Antwort lautet: Nein.

Sie macht Deutschland verletzlicher.

Und genau deshalb ist sie aus wirkungsökonomischer Sicht nicht die Alternative für Deutschland. Sie ist ein Risiko für Deutschland.

Glossar

Begriffe zum Beitrag

SystemresilienzWirkungFrameReframingWirkungspotenzialSDG+Risiko- und ResilienzregisterPositive

Netto-Wirkung

Quellenstand

Quellen- und Bezugsbasis

Datenstand: 10. Juni 2026. Der Beitrag bezieht sich auf das AfD-Regierungsprogramm Sachsen-Anhalt als Beispielprogramm, auf öffentlich berichtete Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssektor in Sachsen-Anhalt, auf öffentliche Berichterstattung zu Verfassungsschutz, Rundfunk und politischer Bildung sowie auf den WÖk-Begriffs- und SDG+/Systemresilienz-Rahmen.

1. AfD Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm / Programmplattform.
2. Bundesagentur für Arbeit: Angaben zu ausländischer Beschäftigung, Fachkräftesicherung und Gesundheitssektor in Sachsen-Anhalt, 2025.
3. tagesschau.de: Berichterstattung zur Einstufung des AfD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt durch den Verfassungsschutz.
4. DIE ZEIT: Berichterstattung zu Rundfunk, Medienpolitik und Programm der AfD Sachsen-Anhalt.
5. United Nations: Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development, 2015.
6. Weber, Natalie: Führender Begriffsleitfaden der Wirkungsökonomie, Version 1.0 und Nachträge zu Frame, Framing und Reframing, 2026.
7. Weber, Natalie: SDGs, SDG+ und Systemresilienz als Risiko- und Resilienzregister, 2026.

Weiterlesen

Passende Vertiefungen

AfD-Regierungsprogramm im WirkungscheckSchöpferisch zerstörtSystemresilienz statt NachhaltigkeitStaat, Recht & DemokratieSDG-/SDG+-Referenz